

Friede und Demokratie.

Von Max Adler.

Als in der ersten Hälfte des Krieges der Rechtslehrer der Berliner Universität Professor Hugo Preuß in seinem mutigen Buche „Das deutsche Volk und die Politik“ die Frage, warum die Deutschen in der ganzen Welt so unbeliebt seien, mit ihrem politischen „Anderssein“ beantwortete und dieses Anderssein als ihre Unterwerfung unter eine Obrigkeitsregierung statt unter eine Ordnung ihrer staatlichen Angelegenheiten durch Selbstregierung des Volkes bestimmte, da brauste ein Sturm patriotischer Entrüstung ob solchen Burgfriedensbruchs durch die gutgesinnte Kritik, soweit sie nicht vorzog, das lähne und gedankenvolle Buch einfach totzuschweigen. Nun aber ist dieser Ruf nach Selbstregierung des Volkes selbst zur patriotischen Parole in Deutschland geworden, der sich mit Ausnahme der Junkerlaste und der Schlotbarone, denen sich, wie so oft in diesem Kriege, mit lakonischer Bereitwilligkeit einige Professoren und Intellektuelle aus dem national-liberalen Lager angeschlossen haben, keine Partei des deutschen Reichstages zu entziehen magt. Was in den schönsten Tagen der burgfriedlichen großen Zeit als deutsche Sonderart stolz zur Schau getragen wurde, wofür sich sogar ein Mann wie Ernst Troeltsch bloßgestellt hat, um es als die deutsche Idee von Freiheit im Gegensatz zu jener der Westmächte zu preisen, nämlich der willige Gehorsam und die dienende Einordnung in das Ganze, wie es im offiziellen Stil hieß, bluten, zahlen und nicht einmal sich beklagen dürfen, wie das Volk dies empfand, es ist nun plötzlich keine Tugend mehr, sondern zur Uffenshande geworden, die nicht einmal die Merikalen im Lande mehr länger dulden wollen, geschweige denn die Sozialdemokraten. Das System der Obrigkeitsregierung in Deutschland ist mit einemmal unerträglich geworden: Zwischen den alten Demokratien im Westen und der jungen Freiheit in Rußland will das deutsche Volk nicht länger mehr allein das von oben gegängelte bleiben, und dies umso weniger, als diese Führung den Weg nicht zu finden weiß, den es allein jetzt sucht und brauchen kann, den Weg zum Frieden. Spät, aber vielleicht doch nicht zu spät ist die Erkenntnis zu allgemeiner politischer Wirksamkeit gelangt, daß der Friede in diesem Kriege kein Geschenk von Regierung wegen sein kann, sondern nur eine gemeinsame Tat der im Kriege versangenen Völker selbst, und daß daher die beste Friedenskräftung, aber auch die unerlässliche Vorbedingung ist, daß jedes der kriegführenden Völker politisch instand gesetzt sei, zu dieser Tat das Seinige zu leisten.

Das ist der tiefere Sinn des Systemwechsels in Deutschland. Er darf keine bloße Ministerkrise sein und er kann auch nicht bloß nur darin bestehen, daß an Stelle bloßer oberster Reichsbeamten nun einige Parlamentarier deren Stellen besetzen. Sondern alles kommt darauf an, ob nun das Volk endlich entschlossen sein wird, durch seine gewählten Vertreter sein Schicksal selbst zu bestimmen, seine eigene Politik zu machen und zu diesem Zwecke die leitenden Regierungsämter mit Männern seines Vertrauens zu besetzen, oder ob es sich abermals dazu bestimmen lassen wird, die Politik ihn fremder Herrschaftsziele für den armseligen Schein einer Anteilnahme an der Macht mit den Formen der Demokratie zu decken. Und die Probe dafür wird die Stellung zur Friedensfrage sein. Also die Probleme der innerstaatlichen Demokratisierung, sie sind unaufschiebbar und dürfen nicht wieder verdrängt werden. Aber sie sind zugleich unzertrennbar von dem rücksichtslosen Bekenntnis zum Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, in welchem allein sich heute der wirkliche ehrliche Wille zur Demokratie beweist, weil diese nur auf dem Boden der Völkerverständigung erwachsen kann. Sonst könnten wir das traurige und schmachvolle Bild erleben, demokratische Volksrechte und Freiheiten zum Tauschpreis für Kriegswilligkeit und Anstachelung des Siegeswillens mißbraucht zu sehen! Die Sozialdemokratie vor allem wird hier die Pflicht haben, zu verhindern, daß die Demokratie zu einem Terraingewinn werde für neue Offensiven des Kriegesgeistes, und sie muß daher die unabweisende, klar nach allen Fronten des Krieges gewendete Friedensentschlossenheit zum Angelpunkt des Systemwechsels in Deutschland machen. Nur so wird die Friedensformel des Reichstages keine bloße Resolution bleiben ohne Folgen, sondern ihre geschichtlichen Wirkungen zeitigen.

Dies erwartet heute die ganze Internationale und mit ihr die ganze Kulturwelt. Denn die deutsche Krise ist von allem Anfang an keine bloße deutsche Angelegenheit gewesen: sie ist die Krise des Krieges selbst. Ihre Lösung im Sinne des Friedens und der Demokratie wird neben der russischen Revolution das zweite schicksalswendende Ereignis dieses Krieges sein. Seit Beginn des Krieges war der Mangel an Demokratie in Deutschland der Entente keine geringere Rechtfertigung des Krieges wie die fluchwürdige Unterdrückung des russischen Barismus im Lager der Zentralmächte. Wenn auch beiderseits sich hinter diesen Kriegsrechtfertigungen viel Unwahrheit und Heuchelei barg, die für eigene Machtbestrebungen den schönen Vorwand des Befreiungskrieges suchte, so ist es doch von nicht zu unterschätzender Bedeutung, wenn durch die Entwicklung der Dinge diese Vorwände den Regierungen nun überall weggewaschen

werden und sie nicht mehr länger in der Lage sind, die Völker dadurch voneinander fernzuhalten. Je umfassender daher die Demokratie ist, je mehr sie die Völker instand setzt, unmittelbar zueinander zu sprechen, um so leichter ist ihrer Verständigung eine Bahn, dem Frieden eine Brücke gebaut.

Man wende nicht ein, daß gerade in diesen Tagen wir doch das Schauspiel erleben mußten, eine neue Kriegsoffensive von der jungen russischen Demokratie an unsere Grenzen herangeführt zu sehen. Gewiß ist dieses Erlebnis unsäglich schmerzhaft gewesen für alle, die dem Freiheitskampf des russischen Volkes mit innerster Anteilnahme folgten. Die eben erkämpfte Selbstbestimmung des Volkes besleckt zu sehen mit dem Blute der zahllosen Opfer der letzten russischen Offensive, in die Freiheits- und Völkerverbrüderungsrufe des russischen Proletariats hinein gehen zu hören die militärischen Kommandorufe, die es zum Brudermord antrieben — was für einen trostloseren und furchtbareren Jammer kann es für die Demokratie geben, als solch unseligem Zusammenbruch ihrer selbst zusehen müssen? So will es scheinen, aber es scheint nur so. Und gerade indem wir diesem Schein zerstreuen, erkennen wir am deutlichsten die schicksalsschwere Bedeutung der heutigen Krise und die Verantwortung, die in ihr auf die Sozialdemokratie fällt.

Die genaue Geschichte der russischen Offensive ist uns heute noch nicht bekannt: ob die russische Demokratie hier mehr vor eine Tatsache gestellt wurde, welche die Ententeoffiziere im russischen Heer ihr schufen, oder ob die Rolle Kerenskij selbst eine zweideutige ist — das alles läßt sich heute noch nicht entscheiden. Gewiß ist nicht nur, daß wichtige Schichten des russischen Proletariats, und zwar gerade die sozialistisch prinzipiellsten, von allem Anfang an der Offensive entgegengetreten sind; sondern entscheidend kommt wohl in Betracht, daß sich die russische Demokratie mit allem ihren Friedenswillen gegenüber dem Drängen der Entente auf der einen Seite an einem toten Punkte sah bei dem gänzlichen Versagen einer demokratischen Friedensarbeit auf Seite der Zentralmächte. Im Gegenteil, man erinnere sich doch, wie seit der Friedenserklärung des Grafen Czernin das Presse-treiben in Deutschland begann, diesen Friedenswillen einzuschränken, ja sogar zu verdächtigen. Und als endlich im Frühjahr der deutsche Reichstag zusammentrat und man vom Reichskanzler das erlösende Wort erwartete, das zwischen einer entschlossenen Friedenspolitik und den Kriegstreibern der Annexionisten entscheiden sollte, da wurde diese Entscheidung vom Kanzler direkt abgelehnt. Und was noch ärger war, die Parteien des Reichstages, die als die Träger des Friedenswillens gelten, vor allem die Sozialdemokratie, hatten diese Rede des Reichskanzlers hingenommen, ohne daraus irgend welche Konsequenzen für ihre Haltung zur Regierung zu ziehen. Mußte unter solchen Umständen nicht in der russischen Demokratie die vielleicht sehr schmerzliche Erkenntnis gezeitigt werden, daß der Friedenswille in Deutschland entweder nicht tief genug oder jedenfalls nicht stark genug sei, um überhaupt in Rechnung gestellt zu werden? Es war trotzdem für eine proletarisch-revolutionäre Denkweise ein Widerspruch unverzeihlichster Art, dem Kriege auch nur einen Zollbreit neuen Raum zu schaffen: aber erkennt man jetzt, welche Bedeutung die eigene starke Demokratie für die widerspruchslose Funktion der fremden Demokratien hat? Sieht man jetzt, daß die feindlichen Offensiven vielleicht viel wirksamer im demokratischen Hinterland verhindert als an der Front bekämpft werden könnten?

Und darum wird der Systemwechsel in Deutschland, wenn er die allgemeine Friedensbereitschaft in den Mittelpunkt rückt, seine Bedeutung gerade für Rußland haben, wo diese Friedensbereitschaft am stärksten ist. Denn schon schieden sich die Kriegsheer auf Seite der Entente an, in zynischer Weise ihre eigenen Worte als bloße Phrase zu erklären, indem sie verkündeten, daß ihre Forderung nach einem demokratischen Deutschland nicht so gemeint war, daß sie einen Krieg für Deutschlands Befreiung führen, sondern daß sie den Krieg jetzt erst recht bis zum Siege fortsetzen wollen. Hier kann außer der ungebrochenen Kraft der Zentralmächte nur der Druck einer wirklichen Demokratie im feindlichen Lager selbst ein solches frevelhaftes Treiben durchkreuzen. Ist aber erst der demokratische Friedenswille in Deutschland zur offiziell bekräftigten Volkssache geworden, dann wird die den russischen revolutionären Volkskräften einen Stützpunkt geben, von dem aus sie auf die Demokratie in England und Frankreich unwiderstehlich einwirken werden. Was man bisher vermisse: den Druck Rußlands auf die Entente, um sie friedensgeneigt zu machen, und was unmöglich war, weil das revolutionäre Rußland selbst Scheu vor einem Frieden mit dem autoritären Preußen-Deutschland hatte, das wird dann möglich, wenn Deutschland selbst die Schranken einreißt, die der politischen Verständigung entgegenstanden. Unmöglich ist es, zu denken, daß russische Sozialisten nach Stockholm zur Internationalen Konferenz gehen könnten, die diese von Deutschland gegebene Friedensmöglichkeit nicht ausgenützt hätten; unmöglich aber auch, daß deutsche Sozialisten dort erscheinen könnten, die diese Bedeutung des Systemwechsels in Deutschland nicht allen anderen angeblich dringenderen Reichsinteressen voranstellen und danach handeln werden. So entscheidet sich auch das Schicksal der

Friedenskonferenz von Stockholm in diesen geschichtlichen Tagen; und die deutsche Sozialdemokratie, obgleich sie diese Krise nicht heraufbeschworen hat, hat die große Verantwortung derselben voll zu tragen. Aber sie wird ihr auch ganz entsprechen.